



## Unterfränkinnen in Führungsspitze der Frauen-Union Bayern

### Dr. Anja Weisgerber als Vize-Landesvorsitzende und Karin Renner als Landesschatzmeisterin bestätigt

19.10.2015

Bei den Neuwahlen des Landesvorstands der Frauen-Union der CSU (FU) in Coburg haben die unterfränkischen Damen wieder sehr gut abgeschnitten. Die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der FU Unterfranken, Dr. Anja Weisgerber, wurde mit einem hervorragendem Ergebnis als stellvertretende Landesvorsitzenden in ihrem Amt bestätigt. Auch Bezirksrätin Karin Renner wurde mit einem überzeugenden Votum wieder zur Landesschatzmeisterin gewählt.

In der konstituierenden Sitzung des Landesvorstands im Anschluss an die Landesversammlung wurden weitere Unterfränkinnen in den Landesvorstand aufgenommen. Die Parlamentarische Staatssekretärin Dorothee Bär MdB und Landtagspräsidentin Barbara Stamm MdL wurden aufgrund ihrer herausragenden Positionen in der Bundesregierung beziehungsweise an der Spitze des Bayerischen Landtags in den Landesvorstand der Frauen-Union kooptiert. Andrea Lindholz MdB wurde erneut als Vertreterin der weiblichen Bundestagesabgeordneten kooptiert. Damit sind die Frauen aus Unterfranken sehr gut im Landesvorstand der Frauen-Union vertreten.

Der große Zuspruch durch die Delegierten aus ganz Bayern für die FU-Damen aus Unterfranken freut uns sehr und bestärkt mich in meiner Arbeit. Mit dem gleichen Herzblut wie ich die Frauen-Union Unterfranken leite, möchte ich mich weiterhin auch als stellvertretende Landesvorsitzende für die Frauen stark machen“, so Anja Weisgerber. „Das Engagement in der Frauen-Union lohnt sich. Dass die Mütterrente eingeführt wurde, geht auch auf eine Unterschriftenaktion der Frauen-Union zurück. Solche Erfolge sind eine Motivation für uns Frauen, sich politisch zu engagieren, wenn man merkt, dass man gemeinsam etwas erreichen kann.“

Die Frauen-Union Bayern dankte der ehemaligen Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Ursula Schleicher am Delegiertenabend in Coburg für 50 Jahre Mitarbeit im FU-Landesvorstand. Schleicher wurde 1965 als Frauenreferentin der CSU Mitglied im FU-Landesvorstand. Ihr jahrelanges Engagement für die Frauen-Union verdient höchste Anerkennung.

Neben den Neuwahlen standen die Antragsberatungen im Mittelpunkt der Landesversammlung. In diese haben sich die unterfränkischen Frauen mit einem Antrag zur Klimapolitik eingebracht, der fast einstimmig angenommen wurde. „Alleine können wir das Klima nicht retten. Deshalb setzen wir auf einen erfolgreichen Abschluss der 21. Weltklimakonferenz in Paris, mit verbindlichen Klimazielen von möglichst vielen Vertragsstaaten. Mit unserem Antrag geben wir der Bundesregierung Rückenwind für die Verhandlungen“, so Weisgerber.

Schwerpunktthema der Landesversammlung war die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzender Horst Seehofer und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich sowie Sozialministerin Emilia Müller haben in ihren engagierten Reden nochmals deutlich gemacht, dass die Aufnahmefähigkeit Bayerns begrenzt ist. Neben der Verschärfungen im Asylrecht, die der Bundestag am Freitag beschlossen hat, seien dringend Maßnahmen zur weiteren Begrenzung der Zuwanderung notwendig. Diese Einschätzung teilt auch Anja Weisgerber: „Das Asylpaket, das wir letzte Woche verabschiedet haben, trägt die Handschrift der CSU. Wir konnten zahlreiche Änderungen des geltenden Rechts durchsetzen, mit dem Ziel, Anreize zu reduzieren, Asylverfahren zu beschleunigen und die Flüchtlinge durch den Bund besser auf die Bundesländer zu verteilen. Jetzt brauchen wir den nächsten Schritt: Neben der dringend notwendigen Sicherung der EU-Außengrenzen ist das Zurückweisen an der deutschen Grenze ein weiteres, wichtiges Signal, um die Zuwanderung zu begrenzen. Dafür brauchen wir das Landgrenzenverfahren. Ziel dieses Verfahrens ist es, Asylbewerber ohne Bleibeperspektive an der Grenze zurückzuweisen. Es freut mich daher, dass sich CSU und CDU grundsätzlich auf die Einführung dieses Verfahrens geeinigt haben und an der Umsetzung gearbeitet wird. Jetzt muss sich auch die SPD bewegen.“